

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich inkl. Post 2 RM. (Halbmonat 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Polstelefon: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 24. Februar 1928 Nummer 47

Die Maßregelungen beginnen

Das Ergebnis der reformistischen Niederlagenstrategie / Empörung der Arbeiter
Bereitschaft zum Streik gegen die Verbindlichkeitsklärung

Magdeburg, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf allen Stempelfellen und vor den Zahlstellen setzte am Mittwoch früh eine große Erregung der Metallarbeiter ein, die auf das Ergebnis der Beschlüsse der Bezirkskonferenz für das mitteldeutsche Kampfgebiet warteten. Als die Arbeiter von der schmächtlichen Kapitulation der reformistischen Führer Kenntnis erhielten, brachen sie in laute Entrüstungs- und Schmährufe aus. Viele, vor allem bisher sozialdemokratisch eingestellte Arbeiter wollten es einfach nicht glauben, daß ihre reformistischen Führer, die bisher über die Stärke der Gewerkschaften so radikale Reden gehalten hatten, jetzt plötzlich für den Bürgerblockschlichter eintreten und den Kampf rückstuflos abwürgen.

Besonders große Entrüstung erregte es, daß die Gewerkschaftsbürokraten den Kampf abgebrochen haben, ohne die Massen der Streikenden, die jetzt für den Hungerlohn weiterarbeiten müssen und wenn nicht, gemahregelt werden, zu befragen.

Ein von der Kommunistischen Partei herausgegebenes Flugblatt, das die arbeiterfeindliche Taktik der sozialdemokratischen Niederlagenstrategie einwandfrei bloßlegt, wurde von allen Arbeitern mit großer Genugung begrüßt. Auch sozialdemokratische Arbeiter drückten offen zum Ausdruck, daß die Kommunisten von Anfang bis Ende mit ihrer Kritik und ihren Voraussetzungen recht behalten haben.

Die Unternehmer nutzen die Freiheit und verbrecherische Verächtlichkeit, mit der der Kampf ohne genügend Sicherungen gegen Maßregelungen abgebrochen wurde, rücksichtslos aus. Bei der Magdeburger Sprengstofffabrik Volke gab der Betriebsratsvorsitzende bekannt, daß ab Freitag 200 Mann der Belegschaft nicht mehr zur Arbeit zugelassen werden. Gerade in diesem Bereich hat die reformistische Streikleitung Streikbrecherarbeit in großem Umfange gebildet, ohne dagegen einen ernsthaften Kampf zu organisieren. Jetzt sollen die Streikbrecher im Betrieb bleiben und die kämpfenden Arbeiter auf dem Platze liegen.

Am Mittwochabend fanden in Magdeburg und Dessau Funktionärversammlungen des DMB statt. Da hier die Sozialdemokratie den Funktionärskörper zum größten Teil in den Händen hat, wurden Wechsellösungsbeschlüsse für den Abbruch des Kampfes und Wiederaufnahme der Arbeit durchgepeitscht.

In Stuttgart fand eine überfüllte Versammlung der streikenden Metallarbeiter statt, zu der die Reformisten als Referenten zur Durchprüfung ihrer Resolution einen ehemaligen kommunistischen Funktionär, der inzwischen zur Kooptation übergegangen ist, entsandt hatten. Der schamlos ausgebaute Trick blieb erfolglos. Der Weberbauer konnte von der ganzen Versammlung nur ungefähr 20 Mann für seine Abwägungsresolution einbringen. Die überwältigende Mehrheit beschloß eine scharfe Resolution, die die unternehmerfreundliche Schlichtungspolitik und die Abwägung des Kampfes scharf zurückweist, und die Metallarbeiter zum weiteren Streik auch gegen verbindlich erklärte Schlichtungsprämie auffordert.

Wenn die Arbeiterschaft jetzt noch in die Betriebe zurückgeht, so nur deshalb, weil es den Gewerkschaftsführern gelungen ist, die Kampffront zu zersplittern, die Betriebsräte auf die Arbeitnahme festzulegen und die Einheitsfront des Kampfes zu zerbrechen. Sobald jetzt der Kampf ohne oder gegen die Gewerkschaften geführt wird, wäre er aussichtslos. Aber die Metallarbeiter haben erkannt, daß die KPD für einen rückstuflosen und regelreichen Kampf gegen die Unternehmer nur freigegeben werden kann durch Beseitigung des reformistischen Einflusses in Betrieben, Gewerkschaften und allen anderen Arbeiterorganisationen.

Die Metallarbeiterbewegung in Mitteldeutschland ist durch die Verratstaktik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie vorläufig beendet. Schon aber kommt die Meldung von neuen bevorstehenden Kämpfen

in Berlin. Die Berliner Werkzeugmacher, die auf Drängen der Gewerkschaftsbürokraten ihren Kampf zurückgestellt hatten, wollen jetzt in den Streik treten. Der Kampf umfaßt ungefähr 6000 Arbeiter. Die Metallindustriellen erklären auch hier, daß sie, wenn der Kampf aufgenommen werde, 110 000 bis 120 000 Arbeiter ausperren wollen. Die Gewerkschaftsführer nutzen diese Drohung, um den Kampf möglichst zu vermeiden. Die Aufhebung des Kampfes durch Berliner Werkzeugmacher war schon ein Teil jener Niederlagenstrategie, mit der der Ausgang des Kampfes in Mitteldeutschland herbeigeführt wurde. Anstatt gegen die gesamte Kraft der Metallindustriellen die geschlossene Front der gesamten Arbeiterschaft zu stellen, erlauben sie durch diese Taktik, die ganze Kraft des Industriellenverbandes gegen einzelne Arbeitergruppen zu stellen.

Aus dem Ausgang dieses Kampfes müssen die Arbeiter lernen, daß nur die geschlossene, gesamte Front der Arbeiter in der Lage ist, die Industriellen niederzuschlagen. Keine zersplitterten Gruppenkämpfe, sondern Gesamtkampf. Die Reformisten wollen einen solchen Kampf nicht, weil er die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert. Die Reformisten gehen mit den Kapitalisten zusammen. Ihr Ziel ist nicht, Beseitigung dieser Gesellschaft, Beseitigung des kapitalistischen Staates, son-

dern Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten, Wirtschaftsfrieden, Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik.

Die Reformisten versuchen ihren Verrat, ihre Unternehmerrückständigkeit hinter radikalen Phrasen und Kommunismushege zu verbergen. Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Demagogie ist die Dresdner Volkszeitung der letzten Tage. Diese „linken“ Redakteure glauben, die mitteldeutschen Arbeiter werden im Galopp wieder in die Betriebe springen. Deswegen veränderte die Volkszeitung den Schiedspruch als einen Erfolg. „5 statt 3 Pfennig.“ Die Volkszeitungsschreiber hatten sich aber geirrt. Die Arbeiter merken sehr wohl, daß es sich um einen Erfolg der Unternehmer, einen Erfolg der ganz großen Volksgemeinschaft handelte. Die Arbeiter begriffen, daß das Abwürgen des Kampfes in Mitteldeutschland im engen Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Richtungsaktion für den Bürgerblock stand. Die Arbeiter brachten ihre Empörung ungehindert zum Ausdruck.

Da auf einmal schlag die Volkszeitung andere Töne an. Der „Erfolg“ von „5 statt 3 Pfennig“ wurde auf einmal ein unbedingter Schiedspruch. Western nun bringt die sozialdemokratische Presse den Aufruf, „Wählt Sozialdemokraten“, dann wird es besser. Wählt SPD, denn sie haben die große Volksgemeinschaft mit den Deutschnationalen geschlossen. Auf der ersten Seite ihrer gestrigen Ausgabe bringt die Volkszeitung zwei große Bilder über den „Schiedspruch im Metallgewerbe“. Auf der einen Seite erklärt der Unternehmer dem Arbeiter, „Wald wird dir die Sonne aufgehen“ — auf der anderen Seite sagt der Arbeiter dem Unternehmer: „Aber es war nur ein Messing-Fünfer!“ Ueber dem zweiten Bild steht: „Er erhöhte die Spitzenlöhne um ganze fünf Pfennige.“ Auf einmal, nur ein Messing-Fünfer. Erst war es ein Erfolg. Die ganze Demagogie, der ganze Arbeiterbetrug kommt in dieser, innerhalb zwei Tagen gedruckten Haltung der Volkszeitung zum Ausdruck. Aber noch mehr, das eine Bild zeigt ein Fabrikgebäude, hinter dem die Sonne aufgeht. Der Kapitalist sagt, bald wird dir die Sonne aufgehen. Wer erzählt aber den Arbeitern, daß ihnen die Sonne aufgehen werde? Was ist nicht die SPD-Zeitung? Brauchte sie nicht das bekannte Bild von der Dollarsonne?

Mit struppeliger Frechheit spekuliert die SPD auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter. Die Arbeiter aber dürfen nicht vergessen; sie müssen behalten, daß die SPD ihnen die Dollarsonne vorgaukelte, daß sie ihnen den „Messing-Fünfer“ als Erfolg anpries.

Nur die Kommunistische Partei logte den Arbeitern sofort, daß die „Dollarsonne“ erhöhte Ausbeutung sei, daß der Messing-Fünfer eine Niederlage sei. Die SPD steht auf Seiten der Kapitalisten. Alle Mittel des Arbeiterbetrugs und der Demagogie wendet sie auf, um die Arbeiter zu betriegen. Macht Schluß mit der SPD; Schluß mit den reformistischen Führern in den Gewerkschaften. Nur unter dem Banner der Kommunistischen Partei werden die Arbeiter stehen.

Die Klassenjustiz sucht neue Opfer

Der Niederrhein legt gegen Arbeiter

Leipzig, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem 4. Straßsenat des Reichsgerichts begann gestern ein großer Prozeß gegen 8 Arbeiter aus Pommern. Der Reichsanwalt hat Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrat, zum Sprengstoffvergehen, Waffenbesitz und Verabredung zu einem Mord erhoben. Die Verhandlung über die Vorgänge 1923/24 wird mehrere Tage dauern. Einer der Angeklagten ist bereits wegen angeblichen Sprengstoffvergehens auf die Norddeutsche Wesche in Neustettin zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er gegenwärtig in Gelnau verbüßt.

Die Anklage des Reichsanwaltes baut sich auf die Auslage von 2 Angeklagten auf, die im Prozeß eine mehr als merkwürdige Rolle spielen. Sie behaupten, daß im Frühjahr 1924 in Ludwigslust eine „M-Organisation“ gegründet wurde, daß im Falle des „Zerschlagens“ des Rathaus besetzt und der Bürgermeister verhaftet werden sollte, daß ein geplanter Aufmarsch der Stahlhelfer anlässlich einer Denkmalsenthüllung durch ein „Bombenattentat“ verhindert werden sollte, daß auf einer Sitzung besprochen wurde, einen aus der KPD ausgetretenen Arbeiter „gewaltlos zu beseitigen, weil man von ihm Verrat befürchtete“ und so weiter.

Natürlich wurde weder ein Bombenattentat durchgeführt, noch ein Arbeiter gewaltlos beseitigt, noch das Rathaus besetzt oder der Bürgermeister verhaftet. Die beiden Kronzeugen des Reichsanwaltes haben schon für ihre eigene Haut fürchten müssen und sich gegenseitig schwer belafsen. Jeder behauptet jetzt, der andere sei der Führer der mörderischen Pläne gewesen. Einer hat bereits zugegeben, daß er bei einem Unternehmerrücktritt für eigene Rechnung verhandelt und das Geld für sich persönlich verwandt hat. Die Sitzung wurde für Freitag früh vertagt.

Die Verteidigung der Sowjetunion

Zum 10. Jahrestag der Roten Armee
Von Ernst Schneller

Die Verteidigung der Sowjetunion ist von der Partei der Volkswelt wie von der gesamten kommunistischen Internationale jederzeit als eines der wichtigsten Probleme des internationalen Proletariats gewertet worden. Die Rote Armee, die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion können die russische Revolution und den sozialistischen Aufbau nur dann auf die Dauer und mit Erfolg verteidigen, wenn sie die Unterstützung des internationalen Proletariats finden und wenn sie selbst im Bewußtsein, mit dem Willen kämpfen, Träger und Vorkämpfer der Weltrevolution zu sein. In dieser internationalen Verbundenheit mit dem Proletariat, mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten in allen Ländern liegt das Geheimnis der elementaren Kraft und gewaltigen Macht der russischen Revolutionsarmee im siegreichen Kampfe gegen zahlenmäßig und technisch weit, weit überlegene konterrevolutionäre Armeen begründet. So ist es keine bloße propagandistische Geste, wenn die Soldaten der Roten Armee auf den Kampf für die Verteidigung der ganzen Welt, für die Weltrevolution, für den Sozialismus, verpflichtet werden. Diese internationale Verbundenheit, diese revolutionäre Verbundenheit macht die Rote Armee der USSR zu einer Truppe, der die imperialistischen Staaten nichts Gleichartiges entgegenzusetzen können! Die imperialistischen Armeen zwingen die Proletarier zum Waffendienst für den Klassenfeind gegen den Klassenfeind; eiserne Disziplin mit schwersten Strafen an Leib und Leben pressen den Verdächtigten zum Kriegsdienst. — Zu dem: die imperialistische Armee ist Ausdruck der Kriegspolitik der Imperialisten und drängt zum imperialistischen Kriege. Die Rote Armee ist Propagandatruppe des revolutionären Kampfes gegen den Klassenfeind, Propagandatruppe für Herstellung und Sicherung des Friedens durch Vernichtung des Imperialismus.

In den zehn Jahren ihres Bestehens ist die Rote Armee als Instrument der proletarischen Diktatur zur Verteidigung der Revolution so zugleich ein revolutionärer Erziehungsfaktor ersten Ranges geworden. Die Reformisten, die für Voicarsé, Kriegs- und Militärgesetze entwerfen, die den imperialistischen Militärbudgets zustimmen, die in Deutschland an der „Entpolitisierung“ und an der Ausgestaltung der Reichswehr zum Instrument der bürgerlichen Republik mitarbeiten, zehren über einen „roten Imperialismus“. Zugleich aber können diese braven Lafaien der Trustbourgeoisie über die Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung, die utopisch und lächerlich seien. Die Rote Armee der Arbeiter und Bauern ist revolutionäre Propagandatruppe dieser Abrüstungsvorschläge, wie die Propagandatruppe der Herstellung des Friedens ist: Abrüstung auf dem Wege des Sturzes der Imperialisten, Frieden durch die Revolution!

Die Helben der 2. Internationale, die durch Propaganda für den Völkerbund Hindenburgs, Voicarsés, Baldwin, Mussolinis, Pilsudkis usw., dem Frieden zu dienen vorgaben, die in Resolutionen die Lösung „Hände weg von Sowjetrußland“ mit der Forderung „Einführung der Demokratie in Sowjetrußland“ verbinden, sie sind vor zehn Jahren und während des Jahrzehnts auf Seiten „ihrer“ Bourgeoisie gestanden, sie haben die Streiks (zum Beispiel Munitionsarbeiterkämpfe in Wien und Berlin 1918) gegen imperialistischen Krieg und zum Schutze der russischen Revolution genau so abgewürgt, wie sie heute eine breite aktive Solidaritätsbewegung mit der Sowjetunion zu hintertreiben, zu spalten und sprengen versuchen. Und das auf gerade kommt es heute mehr als je an, daß das internationale Proletariat den Kampf zur aktiven Solidarität mit der Sowjetunion zu führen versteht.

In nicht geringem Maße hat die eine Erfahrung der breiten internationalen Solidaritätsbewegung für die Sowjetmacht (1918, im polnisch-russischen Kriege 1920, während der Hungersnot 1920/21) die internationale Bourgeoisie mit dazu gezwungen, von der bewaffneten Intervention gegen den ersten Arbeiterstaat abzulassen, die offene, unmittelbare Niederschlagung der chinesischen Revolution (etwa wie vor 28 Jahren) zurückzustellen (dafür allerdings um so energischer die weißen Generale zu unterstützen), schließlich die gesteigerten Kriegsvorbereitungen mit Abrüstungen, Sicherheitskonferenzen und Friedensreden zu maskieren. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Lehre, daß der Kampf für den Frieden nicht im Nachbeten der Völkerbundstrahlen von Stresemann, Briand, Boncour, Breitscheid u. Co. bestehen kann, sondern in der Mobilisierung der breiten Massen gegen diesen Schwindel und für den Schutz der Sowjetunion.

Das dringendste Problem für die imperialistischen Mächte, insbesondere für England, ist die Verbindung auch für Deutschland, ist die Unterbindung